3/2020

stuttgart liberal

Das Mitgliedermagazin der FDP Stuttgart

AUS DEM KREISVERBAND

Unsere Wahlkreiskandidaten stehen fest

AUS DEM LANDTAG

Wohnen neu denken – die IBA 2027 in der StadtRegion Stuttgart

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

Liberale Frauen BW wählen neuen Landesvorstand

Inhalt

VORWORT

3 Vorwort des Kreisvorsitzenden

AUS DEM KREISVERBAND

4 Mission Aufbruch

6 Landesparteitag im Zeichen der Landtagswahl

10 FDP Stuttgart nominiert Kandidatinnen und Kandidaten für das Wahljahr 2021

12 Sicherheitsbeiräte in Stuttgarter Stadtbezirken wieder stärken

13 Von Degerloch bis Untertürkheim: Abwechslungsreiche Tour durch den Wahlkreis

14 Friedrich und Friedrich Haag im Interview

16 „Befreiende Verpflichtung" in schweren Zeiten

18 Profilierter Kommunalpolitiker durch und durch

19 Glückwünsche für Friedrich Haag zu seinem 90. Geburtstag

AUS DEM BUNDESTAG

20 „Klimaneutraler Individualverkehr ist nur mit E-Fuels möglich"

AUS DEM LANDTAG

22 Eine Stadt ist mehr als die Summe ihrer Wohnungen, sie ist – im Idealfall – Ausdruck einer Lebensart

24 Aktuelles aus dem Landtag

AUS DEM GEMEINDERAT

25 Neuer Ordnungsbürgermeister muss seines Amtes walten

AUS DEN STADTGRUPPEN

26 Vorstandswahlen der Stadtgruppe Feuerbach

27 Sillenbucher Sommersitzung mit Judith Skudelny MdB

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

28 Liberale Frauen Baden-Württemberg wählten neuen Landesvorstand!

29 Liberale Senioren nehmen Aktivitäten wieder auf

30 FDP zeigt Flagge für Freiheit und Toleranz – auch in diesem besonderen Jahr

31 Stuttgarter FDP-Mitglieder bestens im Bundesvorstand des Liberalen Mittelstands vertreten

AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

32 Der Deutschlandtakt bringt Bewegung in den Eisenbahnverkehr

VERANSTALTUNGEN

34 Termine im 4. Quartal 2020

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart | Redaktion: Armin Serwani (V.i.S.d.P.) | Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584, E-Mail: redaktion@stuttgart-liberal.de | Anzeigen: anzeigen@stuttgart-liberal.de | Satz und Layout: Steffen Schneider | stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

Vorwort des Kreisvorsitzenden

Armin Serwani
Kreisvorsitzender
der FDP Stuttgart

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

vor 75 Jahren – am 18. September 1945 – gründete sich in der Hohenzollernstraße 18 die „DVP Groß-Stuttgart“, die Vorgängerpartei der heutigen FDP in Stuttgart und Baden-Württemberg. Damals hatten engagierte Männer und Frauen die Courage, wenige Monate nach den Schrecken von Naziherrschaft und Krieg eine Partei der bürgerlichen Mitte zu gründen, geprägt von liberalem und demokratischem Geist.

Wir haben allen Grund, stolz auf unsere Tradition zu sein. Diese sollte Ermutigung für unser Handeln und politisches Engagement sein. Wir haben heute wieder gewaltige Herausforderungen zu bewältigen. So verändert der Umgang mit dem COVID-19-Virus unser aller Alltag und die Themen sowie Methoden der Politik. Es entsteht zuweilen der Eindruck, als ob nur panische Angst oder trotzige Verleugnung vorherrschen. Das ist aber nicht so. Die allermeisten Menschen gehen vernünftig mit den Einschränkungen um.

Eines ist jedoch klar: Die Maßnahmen bringen Einschnitte und Einbrüche – nicht zuletzt im Wirtschaftsleben unserer Stadt. Hier haben wir in der Vergangenheit immer bewiesen, dass wir wissen, was die Grundlagen für ein starkes und lebendiges Stuttgart sind: Dass Stuttgart neben der kulturellen Vielfalt eben auch vom Neben- und Miteinander großer und kleiner Firmen und Geschäfte braucht, dass das private Engagement vieler Menschen unersetzlich ist und dass Stadt und Land Kräfte freisetzen müssen, gerade in dieser Zeit voller Vorschriften und Regeln für den Alltag.

Wir stehen in Stuttgart seit 75 Jahre für liberale Politik, für ein Angebot an die Mitte unserer Stadtgesellschaft. Bei unserer großen Aufstellungs-Veranstaltung am 25. Juli haben wir dafür gesorgt, dass das in den kommenden Wahlkämpfen zu Landtag und Bundestag auch so bleiben wird. Mit unserem Veranstaltungsort – dem GAZI-Stadion auf der Waldau unter freiem Himmel – sind wir einen neuen Weg gegangen. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und natürlich allen, die in den Wahlkreisen engagiert kandidieren, danke ich auf diese Weise nochmals herzlich für das Engagement. Wir sind jetzt gut aufgestellt und ich freue mich schon auf einen guten, gemeinsamen Wahlkampf.

Viele Veranstaltungsformate müssen wir auch in der nächsten Zeit verändern und an die Gegebenheiten anpassen. Sicherlich wird noch einiges über den digitalen Weg laufen müssen. Als erste Bilanz kann ich aber feststellen, dass diese Art der Veranstaltungen gelungen sind und auf großes Interesse stoßen.

Wir werden auch eine Veranstaltung machen, bei denen sich Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehende Oberbürgermeisterwahl im November bei uns vorstellen können. In welcher Form wir dies durchführen können und wann diese genau stattfindet, werden wir Ihnen noch rechtzeitig mitteilen.

Für die kommenden Herausforderungen sind wir wieder gut gewappnet. Mut, Engagement, aber auch Spaß beim Einstehen für liberale Inhalte werden wir wieder erfolgreich unter Beweis stellen. Als starke liberale Stimme in und für Stuttgart, die sogar unter der Alltagsmaske vernehmbar sein wird.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Armin Serwani
Kreisvorsitzender

Mission Aufbruch

Volker Weil
SG-Vorsitzender Vaihingen
Regionalrat

Der Spiegel überschrieb seinen Artikel im Vorfeld des 71. Bundesparteitags der Freien Demokraten folgendermaßen: „Der große Test-Parteitag. Die Liberalen wollen sich für das Wahljahr inhaltlich und personell aufstellen. Der Präsenzparteitag in der Pandemie ist ein Wagnis."

Vor diesem Hintergrund reisten die Stuttgarter Delegierten (**Armin Serwani, Charlotta Eskilsson, Gabriele Reich-Gutjahr, Judith Skudelny, Maximilian Mayer, Volker Weil**) am 19. September 2020 zum 71. Ordentlichen Bundesparteitag nach Berlin. Nicht nur wegen der Verkürzung des Parteitages von zwei Tagen auf einen Tag, sondern auch wegen zusätzlicher Personalwahlen erwartete die über 600 Delegierten ein sehr intensiver Samstag. Tatsächlich wurden an dem Tag zwei Parteitage abgehalten: der 71. ordentliche Parteitag sowie zusätzlich ein außerordentlicher Parteitag für erforderliche Personalwahlen.

Schon der Tagungsort war neu gewählt – nicht die inzwischen bereits traditionelle Station Berlin, sondern das Veranstaltungszentrum im Estrel Hotel Berlin war der Ort der Wahl. Dort konnte das ausgeklügelte Hygienekonzept mit hochwirksamen Luftfiltern, fest vorgeschriebenen Laufwegen, Abstands- und Maskengeboten etc. am besten umgesetzt werden.

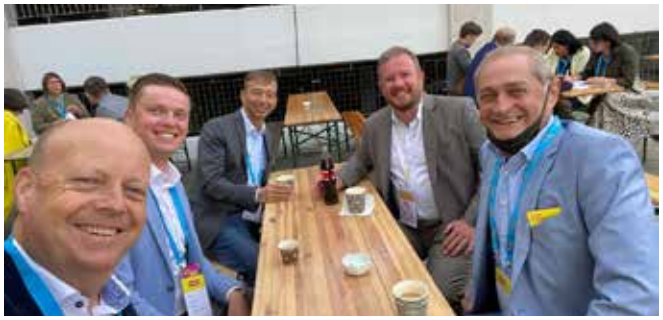
Nachdem **Nicola Beer** als stellvertretende Bundesvorsitzende den Parteitag eröffnet hatte, schwor **Christian Lindner** mit einer fulminanten Rede die Partei auf die Mission Aufbruch der Freien Demokraten ein. Christian Lindner forderte einen Strategiewechsel in der Pandemiebekämpfung, um mit intelligenten Maßnahmen die Freiheitsbeschränkungen zu minimieren. Er erklärte die Modernisierung des Bildungssystems zur wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgabe unserer Zeit. Er forderte von der Bundesregierung, vom reaktiven Krisenmodus in den Gestaltungsmodus überzugehen und Nachhaltigkeit nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Staatsfinanzen auf die politische Agenda zu nehmen. Im Hinblick auf die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die massiven Veränderungen in vielen unserer Schlüsselindustrien braucht Deutschland ein neues Wirtschaftswunder. Dafür ist eine Politik des Aufbruchs, der Entfesselung in Deutschland erforderlich, die es den Unternehmen, den Gründern und jedem Einzelnen ermöglicht, mit Tatkraft, Kreativität und Risikobereitschaft den gesamtgesellschaftlichen Wohl-

UNSERE AKTIVPOSTEN: ARBEIT, BILDUNG, CHANCEN.

MISSION AUFBRUCH

stand zu mehren. Aufgabe des Staates ist es dabei nicht, den genauen Weg vorzuschreiben, sondern mit Steuer- und Wirtschaftspolitik, Bürokratieabbau und Technologieoffenheit den Rahmen zu setzen, in dem sich das Wirtschaftswunder im besten Sinne der Sozialen Marktwirtschaft entwickeln kann – Wirtschaftswunderpolitik ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Abschließend bekräftigte er den Anspruch der FDP, wieder Regierungsverantwortung im Bund zu übernehmen.

Der Wortlaut der Rede, ein Bericht zum Parteitag sowie die Beschlüsse sind hier zu finden:
www.fdp.de/content/71-ord-bundesparteitag



Auf dem außerordentlichen Parteitag wurde anschließend **Volker Wissing** nach einer starken wirtschaftspolitischen Rede mit 83 % der Stimmen als Nachfolger von **Linda Teuteberg** zum neuen Generalsekretär gewählt. Im Anschluss wählten die Delegierten mit 73 % das ehemalige SPD-Mitglied **Harald Christ** zum Nachfolger von **Hermann Otto Solms** als Bundesschatzmeister. **Bettina Stark-Watzinger** aus Hessen sowie **Lydia Hüskens** aus Sachsen-Anhalt wurden neu ins Präsidium der Bundes-FDP gewählt. Anschließend wurde **Florian Toncar** aus dem KV Böblingen nach klaren Worten zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Folgen und den Lehren aus dem Wirecard-Skandal in den Bundesvorstand gewählt.

Der Leitantrag „Aufbruch vom Jahr der Krisen ins Jahrzehnt des Aufstiegs“ durch eine Prioritätensetzung auf Arbeitsplätze, Bildung und Chancen wurde auf dem Parteitag intensiv diskutiert und beraten. Mit dem Beschluss des erarbeiteten Leitantrags zeigen die Freien Demokraten den Weg auf, der Deutschland auf der Grundlage einer gestärkten Sozialen Marktwirtschaft aus der Krise führt. Anschließend wurde ein Dringlichkeitsantrag beschlossen, der spürbare Konsequenzen für die Verantwortlichen der Vergiftung Nawalnys und die Einführung eines personenbezogenen Sanktionsmechanismus fordert. Nach einer intensiven Debatte im Vorfeld des Parteitages beschlossen die Delegierten mit großer Mehrheit die Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Gerade als Präsenzveranstaltung war der 71. Parteitag der Freien Demokraten ein voller Erfolg und bekam auch von den Medien intensive Aufmerksamkeit.

Nur wer wagt, gewinnt. Mission Aufbruch.

Landesparteitag im Zeichen der Landtagswahl

Wolf Dieter Dallinger
Stv. Bezirksbeirat Stuttgart-Nord
Sprecher der AG Verkehr

Am 18. Juli fand in einer Halle der Messe Karlsruhe der außerordentliche Parteitag zur Landtagswahl 2021 statt. Die Covid-19-Pandemie bestimmte die Rahmenbedingungen und erforderte ein Hygienekonzept für die etwa 350 Delegierten und die weiteren Teilnehmer.

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL zum Spitzenkandidaten gekürt

Die Delegierten wählten den amtierenden Fraktionsvorsitzenden **Dr. Hans-Ulrich Rülke** MdL mit überwältigender Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl.

Der Spitzenkandidat für die Landtagswahl Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

In seiner Bewerbungsrede unterstrich Hans-Ulrich Rülke die Bereitschaft der FDP, im neuen Landtag Regierungsverantwortung zu übernehmen. Er entwarf eine Vision des Landes Baden-Württemberg im Jahre 2026 und unterstrich damit die wichtigen Themen für die nächste Legislaturperiode. 2026 solle die Digitalisierung weit fortgeschritten sein und mehr Menschen würden Wohneigentum erwerben können. Baden-Württemberg werde ein Land sein, in dem viele Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, und das Wohlstand und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Ökonomie und Ökologie gingen Hand in Hand.

Er hob die Bedeutung von Technologieoffenheit im Antriebssektor für den Wirtschaftsstandort und die Menschen hervor und forderte eine Wasserstoffstrategie für das Land statt einseitiger Fokussierung auf batterieelektrische Antriebe. Weitere Themen seiner Rede waren Bildung und Digitalisierung, die Corona-Pandemie und die Innen- und Sicherheitspolitik.

Michael Theurer MdB verspricht: „Wahlkampf, dass die Bude wackelt“

Der Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg **Michael Theurer** MdB schwor seine Partei auf das Doppelwahljahr 2021 im Land und im Bund ein und versprach einen „Wahlkampf, dass die Bude wackelt.“

Der Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg
Michael Theurer MdB

POLITIK OHNE ZUCKERGUSS.

#BereitFür2021

„Wir sind diejenigen, die Klimaschutz und Technologie vereinen“, stellte Michael Theurer klar. Mit Blick auf die Corona-Pandemie kritisierte er die Landesregierung ob ihres Versagens bei der Digitalisierung der Schulen und forderte, dass das Land durch einen Digitalisierungsschub nach vorne gebracht werden müsse.

Judith Skudelny MdB: „Der Wahlkampf kann kommen!“

Die Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg
Judith Skudelny MdB

„Wir haben einen Spitzenkandidaten, wir haben ein Wahlprogramm – der Wahlkampf kann kommen!“ Mit diesen Worten schloss die Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg **Judith Skudelny** MdB den Landesparteitag und läutete die nächste Phase ein: Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Wahlkampf zu überzeugen. Mit unseren liberalen Ideen und von unseren liberalen Ideen. Und so eine starke liberale Stimme im neuen Landtag zu ermöglichen – und auf der Regierungsbank.

Vom Antrag zum Landtagswahlprogramm

Viele Mitglieder des Kreisverbandes Stuttgart haben sich mit dem Entwurf des Landtagswahlprogrammes auseinandergesetzt und Änderungsanträge an den beiden als Videokonferenz durchgeführten Antragsabenden des Kreisverbandes im April und Juni eingebracht. Die Anträge wurden diskutiert, teilweise wurde an der Formulierung gefeilt. Die meisten Anträge wurden dann vom Kreisverband übernommen und an die Programmkommission der Landes-FDP weitergereicht.

Eine Auswahl an Anträgen: Die öffentliche Hand soll bei synthetischen Kraftstoffen mitziehen

Für manche Einsatzgebiete von Fahrzeugen in Kommunen stehen nur Dieselantriebe zur Verfügung. Dies gilt zum Beispiel für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr. Hier war uns wichtig, dass bei Neuanschaffungen von Dieselfahrzeugen in öffentlichen Fuhrparks nach Möglichkeit solche Fahrzeuge gewählt werden, die klimafreundlichen synthetischen Diesel gemäß EN 15940 tanken können. Dieser Antrag wurde mit Änderungen ohne Abstimmung übernommen.

Übergangslösungen bei der Versorgung mit schnellem Internet sollen nicht die Förderfähigkeit des Glasfaserausbaus gefährden

Der Ausbau der Glasfasernetze geht nicht so schnell vonstatten wie dies wünschenswert ist. Übergangsweise könnten andere Technologien wie Richtfunk oder Satellitenbreitbandtechnologie die Wartezeit überbrücken und so für schnelle Abhilfe im doppelten Sinne sorgen: schneller schnelles Internet. Dies gefährdet aber die Förderfähigkeit des Glasfaserausbaus. Wir möchten, dass der zeitlich befris-

tete Einsatz dieser Technologien bis zum erfolgten Ausbau des Glasfasernetzes förderfähig wird und damit die Förderfähigkeit des Glasfaserausbaus nicht mehr behindert. Dieser Antrag wurde nach Abstimmung übernommen.

Informatik als eigenständiges Fach ab Klasse 5

Die Digitalisierung ist eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Der Kernpunkt ist die Digitalisierung an sich. Wie funktioniert sie? Wie macht man das? Was ist möglich? Wir wollten unsere Kinder mit einem lebendigen Fach Informatik für die Welt von morgen begeistern und dazu Informatik als eigenständiges Fach ab Sekundarstufe 1, das heißt ab Klasse 5 anbieten. Und nicht nur „mindestens als Wahlpflichtfach" in allen weiterführenden Schulen, also vielleicht auch erst in Klasse 11. Ein begeisterndes Vorwort für diesen Abschnitt und Informatik ab Klasse 5 wurde von der Programmkommission übernommen. Blieb noch das eigenständige Fach statt mindestens als Wahlpflichtfach als Änderungsantrag übrig. Der Kreisverband Böblingen hatte einen noch weitergehenden Antrag eingebracht, der Informatik bereits spielerisch in der Grundschule behandeln wollte. Beide Anträge wurden in der Abstimmung abgelehnt. Dennoch ist unser ursprünglich eingebrachter Antrag weitgehend übernommen worden und damit als guter Teilerfolg zu werten.

Verbesserung im Katastrophenschutz

Die Corona-Pandemie hat zahlreiche Schwachstellen im Katastrophenschutz zu Tage gefördert. Fehlende Schutzkleidung und Atemschutzmasken hätten unser Gesundheitssystem vorzeitig kollabieren lassen, wenn wir eine Situation wie in Norditalien erlebt hätten. Und dies, obwohl das Szenario einer Pandemie durch Virus Modi-SARS bereits 2012 vom zuständigen Bundesamt für Bürgerschutz und Katastrophenhilfe BBK umfassend analysiert worden war. Eine kleine Kommission erarbeitete einen größeren Änderungsantrag zum Thema Katastrophenschutz. Da ein anderer Antrag eine übergeordnete Neuregelung des Katastrophenschutzes vorschlug, haben wir unseren Antrag zugunsten dieses anderen Antrages zurückgezogen; einzelne Teile waren vorab bereits von der Programmkommission übernommen worden.

Echte Transparenz für die Bürgergesellschaft

Das Informationsfreiheitsgesetz (LIFG) des Landes ermöglicht zwar den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Informationen von Behörden, dies aber nur auf Antrag. Das Gesetz ist zudem sehr restriktiv in seinen Ausschlussgründen. Der Staat ist nicht irgendwer, der Staat sind wir. Die Informationen gehören nicht dem Staat, sondern – unter Beachtung der Rechtspositionen Dritter – den Bürgerinnen und Bürgern. Nur wer die Freiheit hat, sich aus allen zur Verfügung stehenden Quellen zu informieren, kann sich eine umfassende Meinung bilden. Und so der mündige und selbstbestimmte Bürger sein, den es in einem liberalen Staatsverständnis braucht. In einer freien und offenen Informations- und Wissensgesellschaft ist das Sitzen auf Informationen nicht mehr zeitgemäß. Dementsprechend möchten wir echte Transparenz, indem der Zugang zu Informationen keine Holschuld, sondern eine Bringschuld wird. Die Behörden sollen die Informationen von sich aus auf einer geeigneten Plattform zur Verfügung stellen, sodass kein separater Antrag mehr benötigt wird. Dieser Antrag traf im Vorfeld auf breite Unterstützung anderer Kreisverbände

und vieler Landtagsabgeordneter und wurde deshalb ohne Abstimmung übernommen.

Offene Daten für eine digitale Bürgergesellschaft

In ein ähnliches Horn wie der Antrag zur Transparenz blies unser Antrag zu offenen Daten. Hier wollten wir, dass anonymisierbare Daten des Landes und dabei insbesondere Geo- und Umweltdaten im Rahmen geeigneter Lizenzen als offene Daten für die Nutzung in digitalen Anwendungen zur Verfügung stehen, soweit keine berechtigten Interessen dagegensprechen. Die Bürgerinnen und Bürger sind der Staat und haben die Erstellung dieser Daten durch ihre Steuergelder bereits bezahlt. Frei verfügbare und kostenlose Daten fördern die Entwicklung analoger und digitaler Anwendungen im gewerblichen Bereich sowie in der Bürgergesellschaft und ermöglichen neue Geschäftsmodelle ebenso wie eine bessere Bürgerbeteiligung. Dieser Antrag wurde im Vorfeld von der Programmkommission übernommen.

Ein liberaler Kompromiss im Heilpraktikerdiskurs

Die einen schwören auf ihren Heilpraktiker, die anderen führen fehlende wissenschaftliche Wirksamkeitsnachweise ins Feld und lehnen Heilpraktiker ab. Entsprechend war die Bandbreite der Änderungsanträge: Ein Antrag wollte Heilpraktiker fördern, ein anderer sie komplett aus dem Landtagswahlprogramm verbannen. Unser im besten Wortsinne liberaler Kompromissvorschlag, Heilpraktiker als Angebot im Gesundheitswesen zu erhalten, dieses Angebot aber nicht zu bewerten, wurde von den Delegierten angenommen.

Danksagung

Unser herzlicher Dank für die konstruktive Arbeit und die investierte Zeit geht an alle Mitglieder, die Änderungsanträge eingebracht haben, an alle Mitglieder, die sich an den beiden Antragsabenden im April und Juno an den Diskussionen beteiligt haben, und an unsere Delegierten auf dem Landesparteitag.

Unser besonderer Dank gilt **Charlotta Eskilsson**, die die Anträge des Kreisverbandes koordiniert und in den Landesverband eingebracht hat. Und die, die 350 Teilnehmer des Landesparteitages vom Podium aus bestens durch das Änderungsantragsbuch mit über hundert Anträgen geführt hat.

Sie wollen bei der Programmgestaltung mitwirken?
Die Bundestagswahl 2021 wartet auf Sie!

Das Wahlprogramm für die Landtagswahl am 14. März 2021 ist unter Dach und Fach. Aber nach der Wahl ist vor der Wahl, und im Herbst 2021 steht mit der Bundestagswahl bereits die nächste Wahl vor der Türe. Der Beteiligungsprozess zum Wahlprogramm hat mit dem eintägigen digitalen Programmkonvent am 16. August 2020 begonnen, steht aber noch ganz am Anfang. Achten Sie auf E-Mails aus Berlin zu diesem Thema!

Infos zum vergangenen Programmkonvent finden Sie hier:
https://www.fdp.de/position/zukunft-braucht-verbuendete

Landtagswahlprogramm

Das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021 finden Sie hier:
https://www.fdpbw.de/dokument/landtagswahlprogramm-2021/

Aufzeichnung des Landesparteitages

Die Aufzeichnung des Landesparteitages können Sie sich auf YouTube ansehen:
https://www.youtube.com/watch?v=2w7lzW1llM0

FDP Stuttgart nominiert Kandidatinnen und Kandidaten für das Wahljahr 2021

Dr. Jan Havlik
Stv. Kreisvorsitzender
und Pressesprecher

Parteiveranstaltungen unter Corona-Bedingungen sind eine Herausforderung für die klassischen Formate. Der Kreisverband der FDP Stuttgart ging neue Wege, um die notwendigen Nominierungen für die Landtags- und die Bundestagswahl im kommenden Jahr sicher durchzuführen.

Das GAZI-Stadion, Heimat der Stuttgarter Kickers auf der Waldau in Sichtweite des Fernsehturms, bot so am Samstag Ende Juli den Veranstaltungsrahmen. An der frischen Luft fanden die mehr als hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Tribüne Platz, um auf dem Rasen Politik statt Fußball zu erleben.

Den Auftakt machte der Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**. Er stimmte die Stuttgarter FDP für die Landtagswahl im März 2021 ein. Dabei betonte er die Wichtigkeit der Landeshauptstadt, die nicht zuletzt durch die Krawalle vor einigen Wochen wieder von sich reden machte. „Es reicht eben nicht, zu wenig zu tun, dann überrascht zu sein und Schuldige zu suchen“, sagte er an die Adresse des baden-württembergischen CDU-Innenministers gewandt. Notwendig seien gründliche Analysen der Gründe ohne falsche Rücksichtnahmen. Als wichtigen Punkt nahm er den Landtagswahlkampf unter Corona-Bedingungen in den Blick. „Bei der Reaktion auf diese Pandemie haben wir den Unterschied bemerkt: Während für die Grünen an der Regierung der Einzelne begründen muss, warum er eine Freiheit von staatlichen Reglementierungen haben will, ist es bei uns Liberalen genau andersherum: Wir glauben fest daran, dass der Staat gute Gründe braucht, um Freiheiten einzuschränken“, so Rülke. Mit Blick auf die bevorstehende Konjunktur- und Wirtschaftskrise betonte Rülke deutlich, dass die FDP um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wohlstand kämpfen wolle, gerade in den Kernbranchen wie dem Automobil- und Motorenbau. „Der Wahlkampf kann kommen – wir sind bereit“, rief Rülke zum Abschluss seiner kämpferischen Rede dem Stuttgarter Kreisverband zu.

Bereits davor hatte sich der FDP-Vorsitzende **Christian Lindner** in einer Videobotschaft von der großen Stadion-Anzeigentafel an die Stuttgarter Mitglieder gewandt. Dabei machte er eindringlich deutlich, dass für das Wahljahr 2021 die Themen Digitalisierung und Bildung im Mittelpunkt stehen müssten.

v.l.n.r. Johanna Molitor (WK I), Friedrich Haag (WK II), Jürgen Gert Reichert (WK III), Dr. Thilo Scholpp (WK IV)

In den darauffolgenden Kandidatennominierungen für die vier Stuttgarter Landtagswahlkreise wurde für den Wahlkreis Stuttgart I die Parlamentsrätin im Landtag, **Johanna Molitor** (31) gewählt. Für den Wahlkreis Stuttgart II wurde für die Stuttgarter Liberalen der 31-jährige Selbstständige **Friedrich Haag** aufgestellt. Im Wahlkreis Stuttgart III konnte sich der 59 Jahre alte Rechtsanwalt und Steuerberater **Jürgen Reichert** in einer Kampfabstimmung durchsetzen. Im Wahlkreis IV wurde der 52-jährige Netzwerk- und Datenschutz-Experte **Dr. Thilo Scholpp** aufgestellt.

Am selben Nachmittag fanden im Anschluss an die Kandidatennominierung für die Landtagswahlen auch die Nominierungen für die beiden Stuttgarter Bundestagswahlkreise statt. Dazu hatte der baden-württembergische Landesvorsitzende **Michael Theurer** eine Videobotschaft übermittelt, in der er die Mitglieder der FDP Stuttgart ermunterte, für die Ziele der FDP zu kämpfen. Für den südlichen Wahlkreis wurde die FDP-Generalsekretärin in Baden-Württemberg, die Bundestagsabgeordnete und Rechtsanwältin **Judith Skudelny** (45) von den Stuttgarter Liberalen nominiert, die in Ihrer Rede sehr deutlich machte, welche politischen Schwerpunkte sie vor allem im Bereich Umweltpolitik, Digitalisierung und Rechtsstaat verfolgen wolle. Im nördlichen Stuttgarter Wahlkreis zur Bundestagswahl wurde der 33-jährige Staatsanwalt **Dr. Timur Lutfullin** aufgestellt.

Zweitkandidatinnen und -kandidaten für die Landtagswahlen wurden die 31-jährige IT-Beraterin **Julia Debernitz** (Wahlkreis I), der 52-jährige IT-Fachmann **Volker Weil** (Wahlkreis II), für den Wahlkreis Stuttgart III **Martina Weishaupt** (57, Event- und Kooperationsmanagerin) und die 63-jährige Krankenschwester und Stuttgarter Gemeinderätin **Doris Höh** für den Wahlkreis IV.

Im weiteren Verlauf führte die FDP Stuttgart eine Jahreshauptversammlung durch, bei der der Vorstand für den Haushalt des Kreisverbandes entlastet wurde. „Wir haben die Nominierungen unter diesen Bedingungen hervorragend geschafft“, so der FDP-Kreisvorsitzende **Armin Serwani** abschließend, „ein Tag an der frischen Luft lässt uns gestärkt in einen erfolgreichen Wahlkampf ziehen. Ich bedanke mich schon jetzt bei allen Kandidatinnen und Kandidaten, die engagiert für liberale Inhalte stehen, damit wir unsere erfolgreiche Arbeit für die Kraft der Freiheit in der Politik für Stuttgart fortsetzen können“.

Sicherheitsbeiräte in Stuttgarter Stadtbezirken wieder stärken

Gabriele Reich-Gutjahr
MdL

Dr. Timur Lutfullin
SG-Vorsitzender Bad Cannstatt
BT-Kandidat WK II

Die Krawallnacht vom 20. auf den 21. Juni ist schon einige Monate her, die Auswirkungen werden die Kommunal- und die Landespolitik aber noch lange beschäftigen. Noch am Abend nach den Ausschreitungen räumte Innenminister Strobl im SWR ein, dass er sich schon letztes Jahr über die Zustände im Oberen Schlossgarten „gewundert" habe. Die Frage, warum er sich „gewundert", aber nichts getan hat, ließ der Innenminister aber bis heute unbeantwortet. Um von Versäumnissen der Vergangenheit abzulenken, erinnert sei nur daran, dass Hausherr über den Oberen Schlossgarten nicht die Stadt, sondern das Land ist, wurde eifrig eine Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stadt Stuttgart und dem Land ins Leben gerufen.

Diese Sicherheitspartnerschaft muss nun mit Leben gefüllt werden. Es geht um echte Erfolge und nicht bloß aktionistisches Handeln, das Probleme verdrängt, aber nicht löst. Alkoholkonsumverbote etwa sind wenig hilfreich und verlagern die Probleme nur. Die meisten der in der Sicherheitspartnerschaft vereinbarten 10 Punkte erfordern geradezu die Einbindung der Akteure vor Ort. Beispiele sind etwa die vorgesehenen öffentlichen Sicherheitskonferenzen, ein zielgerichteter Einsatz des städtischen Vollzugsdienstes oder die Durchführung von Schwerpunktaktionen der Sicherheitsbehörden.

Nachdem der scheidende Ordnungsbürgermeister Martin Schairer im Interview mit der Stuttgarter Zeitung am 25. Juni explizit die Bedeutung der Sicherheitsbeiräte für die Kriminalprävention hervorhob, war das im Landtag Anlass, in einer Kleinen Anfrage beim Innenministerium nachzufragen, wie denn der Sachstand ist (Kleine Anfrage von **Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP ‚Aktivitäten der Sicherheitsbeiräte in Stuttgart', Landtagsdrucksache 16/8517). Die Idee von Sicherheitsbeiräten ist sinnvoll. Verschiedene Akteure vor Ort, die sich mit den Problemfeldern in ihrem Bezirk bestens auskennen, nutzen die gemeinsamen Synergien, um die Sicherheitslage zu verbessern. Die Realität sieht in der Antwort des Innenministeriums aber ernüchternd aus. Die Sicherheitsbeiräte, sofern sie überhaupt in einem Stadtbezirk existieren, sind Teil der jeweiligen Bezirksbeiräte. In den meisten Fällen geht deren Beitrag nicht über eine Besprechung der jeweiligen Kriminal- und Unfallstatistik hinaus. Das ist zu wenig. Auch das Innenministerium verhält sich passiv. Nur auf Wunsch der Stadt Stuttgart will dieses ‚unterstützend' tätig werden. Dabei eröffnet die geschlossene Sicherheitspartnerschaft mit der Stadt Stuttgart dem Innenministerium alle Möglichkeiten, eigeninitiativ tätig zu werden. Es wäre sinnvoll, Sicherheitsbeiräte bei der Umsetzung der Sicherheitspartnerschaft zu beteiligen.

Die FDP in Bad Cannstatt hat diese Idee aufgegriffen, denn es geht nicht nur um die Innenstadt, sondern auch um andere Orte in Stuttgart. Vor zwanzig Jahren wurden rund zehn Sicherheitsbeiräte in den einzelnen Stadtteilen Bad Cannstatts gegründet, sind mittlerweile aber inaktiv oder gar aufgelöst. In der nächsten Sitzung des Cannstatter Bezirksbeirats fordert die FDP nun die Einrichtung eines eigenständigen Sicherheitsbeirats, der unabhängig vom Bezirksbeirat tagt. Um die Bedeutung zu stärken, soll dieser im gesamten Stadtbezirk aktiv sein und mindestens halbjährlich tagen. Der Sicherheitsbeirat soll im Austausch mit relevanten Organisationen bestehende oder mögliche künftige Sicherheitsprobleme analysieren und Verbesserungsvorschläge überprüfen.

Von Degerloch bis Untertürkheim: Abwechslungsreiche Tour durch den Wahlkreis

Judith Skudelny
MdB

Im August habe ich mich bei Betroffenen aus dem kleinen Einzelhandel, der Kulturbranche und Gastronomie über die Auswirkungen der Corona-Pandemie informiert. Wie viele andere sind diese Unternehmer unverschuldet in die Krise geraten. Für sie alle gilt: Schnelle und unbürokratische Hilfen sind das eine. Im Falle einer zweiten Welle braucht es aber vor allem transparente und nachvollziehbare Regelungen, damit sie ihre Geschäfte weiter betreiben können!

Bei der Mobilen Jugendhilfe habe ich vorbeigeschaut, weil wir nach den Vorkommnissen am Eckensee zwar viel über Sozialarbeit geredet haben, die Sozialarbeiter selbst dabei aber zu selten zu Wort kamen. Und mit dem Leiter der Daimler-Motorenentwicklung habe ich über die Potenziale synthetischer Kraftstoffe diskutiert. Ich werde weiter für ihre Zulassung werben – für den Klimaschutz, für die individuelle Mobilität und für den Automobilstandort Baden-Württemberg!

Zu Besuch bei Henry Moden in Degerloch

Mobile Jugendarbeit am Mailänder Platz

Im Gespräch mit dem Chef der Motorenentwicklung der Daimler AG, Dr. Stefan Keppeler (1. v. l.)

Im Gespräch mit dem Konzertveranstalter Michael Russ

Friedrich und Friedrich Haag im Interview

Friedrich Haag sen.

1968–1972 Mitglied der FDP/DVP-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat

1967–1968 und 1969–1992 Mitglied des Landtags

Ehrensenator der Universität Hohenheim und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes.

1997 wurde Haag mit der Reinhold-Maier-Nadel ausgezeichnet.

Friedrich Haag jun.

2021 Landtagskandidat im Wahlkreis II

Herr Haag, Was waren Ihre ersten Gedanken, als Ihr Enkel Ihnen mitteilte, er wolle für den Landtag kandieren?

Haag Senior: Da habe ich mich sehr gefreut, weil ich damit nicht gerechnet habe. Ich habe keinerlei Einfluss auf unsere Kinder genommen, jedes durfte das wählen, was sie wollen und sich dort einsetzen, wo sie wollen. Und dass er dazugekommen ist, freut mich natürlich.

Was verbinden Sie mit Ihrem Großvater, wenn das Stichwort „FDP-Abgeordneter“ fällt?

Haag Junior: Hartnäckigkeit und Kampfgeist. Er hat sich immer vehement für die Themen und für die Bürger aus dem Wahlkreis eingesetzt und hat sich immer als Volksvertreter und nie als Politiker gesehen.

Der Wahlkampf für die Landtagswahlen am 14. März 2021 beginnt. Welche Tipps können Sie Friedrich geben, wenn er im Filderwahlkreis auf die Leute zugeht?

Haag Senior: Ich weiß, dass er sich mit den Bürgern und den Problemen befasst und sich auskennt. Und das scheint mir ganz wichtig. Ich bin zu allen Festen gegangen und dort habe ich die Menschen kennengelernt und deren Sorgen. Und das würde ich ihm raten, das auch weiterhin zu tun. Das hat mir unglaublich viel Vertrauen gebracht.

Gibt es Werte in der Familie Haag, die Sie von Ihrem Großvater und Ihren Eltern schon in früher Jugend vermittelt bekamen und die Sie prägen?

Haag Junior: Ja, da gibt es schon einige. Ich bin mit der Selbstständigkeit meiner Eltern und Großeltern aufgewachsen. Klar, da war die Firma immer im Mittelpunkt. Es hieß immer „Schaffen isch a G’schäft“ und das stimmt auch. Wenn man sich für ein Thema einsetzt, dann muss man auch dranbleiben und manchmal auch hartnäckig sein.

Als langjähriger FDP-Abgeordneter kennen Sie den Parlamentsbetrieb. Was hat Ihnen besonders gefallen, was störte Sie?

Haag Senior: Ich muss im Nachhinein gestehen, dass ich gerne im Landtag war. Ich habe das gar nicht gedacht, dass es mir jemals zukommen würde. Ich habe mich dort immer anständig und kollegial aufgeführt und über die Parteigrenzen hinweg gute Kollegen gefunden. Das hat mir Freunde gemacht, denn ich konnte viele Probleme mit Anträgen und Vorschlägen lösen, obwohl ich 25 Jahre Opposition machen musste. Das war eigentlich für mich schlecht, denn ich bin ein Mensch der etwas fertigbringen will und nicht nur kritisieren will. Zu den Kritisierern habe ich nicht gehört, sondern zu denen, die was schaffen und die was fertigbringen. Und das hat man mir gedankt.

Ihr Enkel wäre als Abgeordneter einer der wenigen Selbstständigen im Landtag. Sie waren es auch – wie denken Sie über die Zusammensetzung des Parlaments? Wird wirklich die gesamte Gesellschaft abgebildet?

Haag Senior: Also ich glaube, die ganze Gesellschaft ist vertreten im Landtag. Die Einen mehr, die Anderen weniger, die Selbstständigen waren nicht in der Überzahl. Das ist auch gar nicht notwendig, es kam darauf an, was man sagt und wie man das sagt, und dann kann man auch eine Mehrheit bekommen. Ich kann bloß sagen, dass ich als Selbstständiger nicht von allen gemocht wurde. Ich bin oft so dargestellt worden, der hat ja gerade genug und so weiter. Was alles nicht gestimmt hat, denn als Gärtner kann man nicht reich werden. Da muss man fest schaffen, um das Notwendige zu haben. Und das hat man mir eigentlich auch abgenommen und das konnte ich auch in vielen Reden und Anträgen und in vielen Sitzungen und Ausschüssen einbringen).

Mit Ihren Tankstellen und dem Nebenerwerb Landwirtschaft haben Sie Arbeit ohne Ende. Was treibt Sie an, dennoch in die Landespolitik zu gehen?

Haag Junior: Ich denke, jetzt ist es auch an der Zeit, dass Leute aus der nächsten Generation die Verantwortung übernehmen. Das war mit ein Grund, warum ich mich politisch engagiere. Man kann nicht nur immer kritisieren und dann nicht bereit sein, selber Verantwortung zu übernehmen oder die Themen anzugehen. Die Kraft habe ich dazu, ich habe ein starkes Team in den Tankstellen und meinen Bruder in der Landwirtschaft. Und sie stehen alle hinter mir.

Wo sehen Sie Ihre politischen Schwerpunkte in der FDP und möglicherweise im Landtag?

Haag Junior: Zum einen die Mobilität und die Verkehrspolitik von morgen. Das sind die Themen, die uns die nächsten Jahre massiv beschäftigen werden. Dann die Innenpolitik, insbesondere die Themen Justiz, Polizei und Bevölkerungsschutz, Feuerwehr sowie die Wirtschaftspolitik. Dass die Bürokratie, die auf einen als Selbstständiger zukommt, wieder etwas schmälert und die Gründungskultur für junge Unternehmer stärkt. Gerade in meinem Freundeskreis bin ich eigentlich einer der Wenigen, der sich selbstständig gemacht hat. Damals haben es mir eigentlich alle davon abgeraten. Ich solle mir lieber einen sicheren Job suchen. Aber wenn das jeder macht, dann gibt es bald keine Arbeitgeber mehr und keine Arbeitsplätze.

Wo befindet sich Ihr Lieblingsplatz im Wahlkreis II?

Haag Junior: Mein Lieblingsplatz ist am Stuttgarter Fernsehturm, hier hat man einen guten Überblick über die gesamte Stadt und über den Wahlkreis selbst. Wobei der Wahlkreis Stuttgart II ganz viele tolle Plätze hat, wenn ich die jetzt alle aufzählen müsste, dann würden wir morgen noch hier sitzen.

Haag Senior: Mein Lieblingsplatz war immer hier in der Gärtnerei. Da habe ich viele Anregungen bekommen. Ich bin drei Mal in der Woche morgens um vier auf den Stuttgarter Blumengroßmarkt, um meine Produkte zu verkaufen. Und dort haben mir meine Kollegen gesagt, was ihnen gefällt, und was nicht. Ich habe aber alle Gespräche ernst genommen.

Welche politische Persönlichkeit begeistert Sie? Warum?

Haag Junior: Zum einen mein Großvater, weil er sehr volksnah ist. Die Menschen möchten verstanden werden und dass man mit ihnen so gesprochen wird, dass sie es auch verstehen. Es ist mir persönlich ein großes Anliegen.

Haag Senior: Ich habe große Hochachtung vor denen, die bereit sind, vorne hinzustehen in der Partei, denn ich habe viele erlebt. So und so! Wenige, aber sehr Treue haben sich jetzt angesagt zu meinem 90. Geburtstag zu kommen: Jürgen Morlok, Hinrich Enderlein und Ernst Pfister. Hier bei uns in der Gärtnerei hat sich einst Schwieriges in der FDP in schwierigen Gesprächen gelöst, aber wir sind alle miteinander gestanden und stehen bis heute. Ich bin dankbar, dass Hans-Ulrich Rülke die Fraktion und damit auch die Partei zusammenhält und sagt, wo es hingeht. Im Übrigen bin ich dafür, dass Christian Lindner Vorsitzender bleibt, weil er es nach meiner Meinung recht macht. Er war vielleicht ein bisschen zu jung zum Anfang, aber die Älteren müssen dafür auch Verständnis haben. Ich stehe hinter ihm und hoffe, dass man in der Partei weniger um Personal streitet, sondern um die Dinge, die gelöst werden müssen.

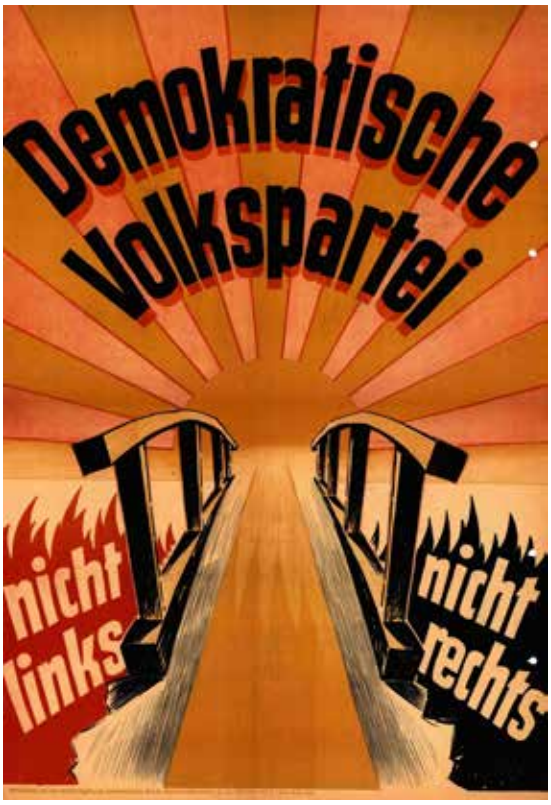
„Befreiende Verpflichtung“ in schweren Zeiten

Dr. Jan Havlik
Stv. Kreisvorsitzender
und Pressesprecher

Michael Theurer
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

„Wir haben am 18. September 1945 die Demokratische Volkspartei Groß-Stuttgart gegründet“ – so berichtete der Stuttgarter Rechtsanwalt und liberale Demokrat **Wolfgang Haußmann** in einem Brief drei Monate später an seine Wegbegleiter **Reinhold Maier** und **Theodor Heuss**. Jahre später erinnerte er sich in einer Festschrift: „Viele Demokraten empfanden das Mitmachen als befreiende Verpflichtung“. Befreiende Verpflichtung zur Gründung einer demokratischen Partei unmittelbar nach der Verbrechensherrschaft der Nazis und in den Verheerungen des Krieges. Mut und Tat von Männern und Frauen, die der Demokratie wieder eine Chance geben wollten.

Die Situation in Stuttgart in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten 1945 war vergleichbar mit vielen deutschen Orten: In der schwer von den Kriegszerstörungen gezeichneten Stadt mussten Menschen ihr Überleben und ihren Alltag organisieren. Tausende Flüchtlinge, Bombenopfer, heimkehrende Soldaten und Überlebende aus Lagern brauchten Unterkunft und Verpflegung, suchten den Heimweg und ihre Angehörigen und richteten sich zwischen Lebensmittelmarken und den Vorschriften der Besatzungsbehörden ein. Das Haus in der Hohenzollernstraße 18 im Stuttgarter Süden war unversehrt. Ältere Stuttgarterinnen und Stuttgarter nennen es noch heute das „Demokratenschlösschen“. Es war das Wohnhaus Wolfgang Haußmanns, Rechtsanwalt und Notar mit demokratischer Vergangenheit, der im September 1945 noch eine schwere Beinverletzung auskurieren musste, die er sich in den letzten Kriegstagen zugezogen hatte. Dieses Haus war ein Ort, in dem wenige Monate nach dem Krieg ein demokratischer Neuanfang gewagt wurde. Es war der Treffpunkt für viele Menschen, die wussten, dass politische Vielfalt im demokratischen Rahmen zum Leben



DEMOKRATISCHER DREIKÖNIGSTAG 1949
IN STUTTGART

Einheit in Freiheit

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier
und
Kultminister a. D. Prof. Dr. Theodor Heuss

DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI

Quelle der Abbildungen: Archiv des Liberalismus

wieder dazugehören sollte, dass Demokraten miteinander reden mussten, um Politik machen zu können: Persönlichkeiten wie der spätere Landtagspräsident **Wilhelm Keil**, der württembergische Landesbischof **Theophil Wurm**, der Gewerkschaftsvorsitzende **Markus Schleicher** oder auch der spätere, langjährige Stuttgarter Oberbürgermeister trafen sich hier, sie alle kannten Wolfgang Haußmann und einige waren mit ihm befreundet.

Die Gründung jährt sich jetzt zum 75. Mal. Die „Demokratische Volkspartei" ist die Vorläuferin der Freien Demokraten in Baden-Württemberg; noch heute trägt die Landtagsfraktion die Bezeichnung FDP/DVP. Am 17. September hatten die amerikanischen Besatzungsbehörden demokratische Parteigründungen auf lokaler Ebene erlaubt, am 18. September erfolgte die Gründung der DVP. Der deutsche Südwesten war unter den Besatzungsbehörden aufgeteilt: die Nordhälfte des heutigen Baden-Württembergs war von den US-Behörden zu „Württemberg-Baden" als Bundesland zusammengefasst worden. Hauptstadt dieses „Besatzungslandes" war Stuttgart, zum Ministerpräsidenten wurde von den US-Behörden Reinhold Maier berufen, überzeugter liberaler „Graswurzeldemokrat", wie er später bezeichnet wurde. Die USA legten Wert auf die Schaffung politischer Stabilität und bezeichneten ihren Aufbau als „Re-Education", brachten damit also zum Ausdruck, dass man um die demokratischen Strukturen wusste, die es in Deutschland vor dem Nationalsozialismus gegeben hatte. Im deutschen Südwesten waren und sind das Wissen und die Erinnerung an die demokratischen Strukturen lebendig geblieben. Wolfgang Haußmanns Familie hatte eine lange demokratische Tradition und nicht zuletzt sein Vater Conrad war am Beginn der Weimarer Republik als Vorsitzender des Verfassungsausschusses ein deutschlandweit bekannter und geachteter Politiker.

Mit der Gründung waren aber noch viele Fragen offen: Wie sollte diese neue Partei politisch ausgerichtet sein? Sollte man eine gesamtbürgerliche Partei mit christlichen und sozialen Elementen anstreben (wie es beispielsweise Theodor Heuss beabsichtigte) oder gar an nationalliberale Parteien der Weimarer Republik anknüpfen? Wie sollte man mit NSDAP-Mitgliedern umgehen? Es ist wohl den Überzeugungen und dem persönlichen Geschick der Männer und Frauen um Wolfgang Haußmann und Reinhold Maier zu verdanken, dass die neu gegründete Partei ein Angebot für die bürgerliche Mitte wurde. Der Beharrlichkeit und dem Mut dieser Persönlichkeiten der ersten Stunde verdanken wir einen guten Teil der Demokratie, wie wir sie heute in Deutschland kennen. In Zeiten der Radikalisierung, der Gleichgültigkeit und der Infragestellung unserer Demokratie Mahnung und Ermutigung zugleich.

Profilierter Kommunalpolitiker durch und durch

Dr. Jan Havlik
Stv. Kreisvorsitzender
und Pressesprecher

Der FDP-Altstadtrat **Peter Hönig** feiert seinen 85. Geburtstag. Dazu gratuliert ihm im Namen des Kreisverbands der Vorsitzende der Freien Demokraten in Stuttgart, **Armin Serwani**:

„Peter Hönig ist ein profilierter Kommunalpolitiker durch und durch und das Gesicht für uns Freie Demokraten in Stuttgart-Degerloch“, so Serwani in seinen Glückwünschen. „Über 50 Jahre ist Peter Hönig mittlerweile engagiert bei den Liberalen in Stuttgart, ob als langjähriger Gemeinderat und Vorsitzender der Gemeinderatsfraktion oder als Vorsitzender der Degerlocher Stadtgruppe. Er lebte in seinen Jahren im Gemeinderat Kommunalpolitik im besten Sinne: Engagiert und deutlich im Einsatz, beispielsweise für ein weltoffenes Stuttgart, für den Dialog der Religionen oder engagierte Frauen in der Politik, mit offenem Ohr für die Anliegen der Stuttgarterinnen und Stuttgarter. Andererseits ein Mann des Ausgleichs in unserer Stadt, der Menschen und Meinungen zusammenbringt“, so der Kreisvorsitzende.

Hönig war insgesamt 15 Jahre lang Gemeinderat in Stuttgart, von 1974 bis 1984 und von 1989 bis 1994, als er auch Vorsitzender der Gemeinderatsfraktion war. Insgesamt 33 Jahre war er Vorsitzender der FDP Degerloch.

„Wir verdanken Peter Hönig viel. Er prägt den Stil der Freien Demokraten in Stuttgart bis heute und wir wünschen ihm noch viele schöne und engagierte Jahre“, so Serwani.

Glückwünsche für Friedrich Haag zu seinem 90. Geburtstag

Dr. Jan Havlik
Stv. Kreisvorsitzender
und Pressesprecher

Zu seinem 90. Geburtstag am 14. September bekam der ehemalige, langjährige Stuttgarter Landtagsabgeordnete **Friedrich Haag** die besten Glückwünsche vom Kreisverband der Freien Demokraten übermittelt.

„Friedrich Haag ist für uns in Stuttgart eine bedeutende Persönlichkeit", so der Kreisvorsitzende **Armin Serwani** in seinen Glückwünschen, „Er war und ist unermüdlich bei uns engagiert." Der Gärtnermeister und Inhaber einer bekannten Gärtnerei war seit 1967 FDP-Abgeordneter im Landtag, davon zunächst als Nachrücker für Dr. Walter Erbe und von 1969 an für Professor Ralf Dahrendorf. 1972 bis 1992 war er Abgeordneter für den Wahlkreis Stuttgart II.

„Es ist eine große Freude, heute Friedrich Haag zu seinem 90. Geburtstag zu gratulieren. Sein Einsatz für die liberale Sache über viele Jahrzehnte ist bewundernswert. Dabei stand er auch in Zeiten für die Liberalen ein, als dies politisch nicht einfach war. Er gab der Stuttgarter FDP im Landtag immer das Gesicht eines tüchtigen, selbstständigen Schaffers, der mit Prinzipien und Humor auf die Leute zuzugehen weiß. Bis zum heutigen Tag bringt er sich mit seiner Erfahrung und seinen Ideen bei uns Liberalen ein.

Nicht zuletzt deshalb wünsche ich ihm im Namen des Kreisverbandes noch viele weitere frohe und gute Jahre im Kreis seiner Familie."

„Klimaneutraler Individualverkehr ist nur mit E-Fuels möglich“

Für Judith Skudelny werden die gewaltigen Potenziale synthetischer Kraft- und Brennstoffe von Teilen der Politik ignoriert. Im Interview erklärt die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, warum E-Fuels für den Klimaschutz unverzichtbar sind.

Frau Skudelny, klimaneutral hergestellte E-Fuels werden derzeit als Lösung für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren, aber auch für Heizungsanlagen, die flüssige Energieträger verwenden, intensiv diskutiert. Wie haben Sie dieses Thema für sich entdeckt?

Das Thema entdeckt habe ich bereits 2018. Damals ist eine Firma auf mich zugekommen und hat mir erzählt, dass die Bundesregierung verhindert, dass synthetische Kraftstoffe auf dem deutschen Markt verkauft werden dürfen. Das wollte ich zunächst nicht glauben. Nach einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung hat sich dann aber herausgestellt: Das ist tatsächlich so!

Wird aus Ihrer Sicht das Potenzial synthetischer flüssiger Kraft- und Brennstoffe von der Politik genug anerkannt, beispielsweise mit der im Juni verabschiedeten Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung?

Leider nein. Angefangen bei der Frage, warum weder bei den Flottengrenzwerten noch bei der Feinstaub- und Stickoxiddebatte die Vorteile der synthetischen Kraftstoffe gewertet werden, wird das Thema synthetische Kraftstoffe in der Politik nirgendwo richtig anerkannt. Auch bei der RED II Richtlinie bis hin zur Wasserstoffstrategie wird E-Fuels nur ein beschränktes Einsatzgebiet zugewiesen.

Schön ist ja, dass sie überhaupt einen Platz im Strategiepapier bekommen haben. Mir aber wäre eine perspektivisch größere Rolle von E-Fuels im Energiemix wichtig. Schließlich ist nichts so nachhaltig, wie bestehende Fahrzeuge klimaneutral zu fahren – und das ist gerade im Individualverkehr nur mit E-Fuels zu erreichen.

Welche Rolle spielt für Sie der Ansatz, Importe von wasserstoffbasierten Energieträgern aus Sonnen- und Windreichen Regionen der Erde in die Energiewende einzubeziehen?

Deutschland ist ein Energie-Importland. Ob wir Uranbrennstäbe, Öl, Kohle, Gas, Strom oder Wasserstoff importieren, ist eigentlich egal. Wichtig ist nur, dass unsere Importabhängigkeit nicht zu einem politischen Risiko, zu einer Achillesferse wird. Das erreichen wir, indem wir neben einer guten Außen- und Wirtschaftspolitik die Energieträger diversifizieren. Also eine möglichst große Bandbreite an Energieträgern für uns nutzbar machen, um nicht von einem Land oder einer Region abhängig zu werden. Beim Import von Wasserstoff sehe ich viel Potenzial, Deutschland hier für die Zukunft noch besser aufzustellen.

Warum ist batterieelektrische Mobilität nur eine von mehreren möglichen Technologien der Zukunft?

Die batterieelektrische Mobilität darf und muss sich gleichberechtigt am Markt durchsetzen. Was im Moment passiert, ist ein Wettbewerb, bei dem die batterieelektrischen Fahrzeuge einen deutlichen Vorsprung bekommen. Und selbst damit akzeptiert die breite Masse sie nicht. Dass wir eine Technologie so subventionieren, ist Planwirtschaft. Planwirtschaft sollte und kann sich Deutschland aus meiner Sicht nicht leisten – seit Corona schon dreimal nicht. Ein fairer Wettbewerb der besten Technik ist der einzige zukunftsfähige Weg!

Sie vertreten einen Wahlkreis in Stuttgart, der wirtschaftlich stark von der Automobil- und Automobilzuliefererin-

dustrie profitiert, aber auch davon abhängt. Wie können diese Arbeitsplätze in Zukunft gesichert werden angesichts der derzeitigen Krisen und von der Politik forcierten Antriebswechsel?

Aktuell läuft sehr viel in die falsche Richtung. In Deutschland haben wir die Rahmenbedingungen der Produktion sukzessive verschlechtert: Von den Energiekosten bis zur Infrastruktur haben wir uns sehr auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausgeruht. Wir müssen wieder den Wert unserer eigenen Arbeit ins Schaufenster stellen – wir haben 100 Jahre Vorsprung bei der Entwicklung hocheffizienter Verbrenner, wir haben die besten Ingenieure und Techniker der Welt, über unsere Autos wurden Lieder geschrieben – Janis Joplin zum Beispiel wollte einen Mercedes-Benz, notfalls vermutlich auch einen Porsche. Und heute? Fahrverbote. Wir müssen uns die Märkte innerhalb und außerhalb Europas erhalten und neue Märkte erschließen. Die Flottengrenzwerte haben als klimapolitisches Instrument versagt. Sie stehen zudem im Ruf, dass mit ihnen Industriepolitik durch die Hintertür betreiben wird. Die Flottengrenzwerte sollten durch ein ganzheitliches Klimakonzept ersetzt werden, das die Klimaziele auf einem marktwirtschaftlichen Weg erreicht. Ganz aktuell ist zu sagen: Die drohenden Strafzahlungen für die Automobilindustrie kommen absolut zur Unzeit und gefährden viele Arbeitsplätze bei uns zusätzlich. Hier sollten pragmatische Lösungen für eine unserer Schlüsselindustrien gefunden werden, die die Investitionsfähigkeit und finanzielle Resilienz gerade in den heute schwierigen wirtschaftlichen Zeiten erhält.

Gern wird bei der Batterie-Elektromobilität der wichtige Absatzmarkt China als Argument angeführt. Doch ist das nicht viel zu kurz gegriffen, zumal sich China sich breiter aufzustellen scheint und auch das Thema Wasserstoff und wasserstoffbasierte Folgeprodukte in den Fokus zu nehmen?

China ist ein Land mit wachsendem Mobilitätsbedarf. Ich prognostiziere, dass die Menschen dort langfristig alle Antriebe nutzen werden. Anders ist ein solches Flächenland nicht zu erschließen. Was mich ärgert ist, dass Politiker meinen zu wissen, was asiatische Kunden in Zukunft wollen. Dabei hat in der Vergangenheit kein Politiker auch nur ein einziges Auto da drüben verkauft. Unsere Automobilunternehmen sind diejenigen, die Märkte analysieren und Szenarien durchspielen und einschätzen. Daher müssen wir unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb stärken, damit sie im globalen Wettbewerb bestehen können.

2021 wird die EU die Verordnung zu den EU-Flottengrenzwerten für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge angehen. Diese steht in der Kritik, da sie nur die Nutzung der Fahrzeuge – Tank-to-wheel – betrachtet und die Direktstromverwendung grundsätzlich als klimaneutral gilt. Wie stehen Sie zu diesem Ansatz?

Davon halte ich gar nichts. Umweltpolitik muss international und ganzheitlich betrachtet werden, mit sogenannten Ökobilanzen, die den gesamten Entstehungs- und Nutzungsprozess bis hin zum Recycling einbeziehen. Alles andere ist nationaler Populismus, in diesem Fall europäischer Populismus.

Die Wissenschaft plädiert dafür, die CO2-Gesamtbilanz des Lebenszyklus eines Fahrzeugs, also von der Herstellung über die Nutzung bis zum Recycling zu betrachten. Welche Rolle sollten aus Ihrer Sicht E-Fuels bei der Anrechenbarkeit spielen? Immerhin sind E-Fuels gesamtbilanziell klimaneutral.

Wie schon gesagt, für mich gibt es nichts Nachhaltigeres als mit schon produzierten Fahrzeugen klimaneutral weiterzufahren. Und das geht eben nur mit E-Fuels.

Das Interview ist im Magazin „energie + Mittelstand“ 4/2020 erschienen.
Abdruck und Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Handelsblatt Media Group GmbH.

Eine Stadt ist mehr als die Summe ihrer Wohnungen, sie ist – im Idealfall – Ausdruck einer Lebensart

Gabriele Reich-Gutjahr
MdL

Wohnen und Bauen sind Ausdruck unserer Kulturgeschichte. Als wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP/DVP Landtagsfraktion konnte ich auf vielfältige Weise das Thema Wohnungsbau begleiten. Im Rahmen der Wohnraumallianz, bei der es um die Frage der Bereitstellung ‚bezahlbaren' Wohnraums in Baden-Württemberg geht, bei der Überarbeitung der Landesbauordnung und als Jury-Mitglied für die Vergabe des Förderpreises „Baukultur". Beim Besuch in Zürich 3/2019 konnte ich mir als Mitglied der Wohnraumallianz ein Bild machen, wie eine Stadt ihre Zukunft und ihr Wachstum aktiv plant und gestaltet. Und wie insbesondere in genossenschaftlichen Strukturen neue Wohnformen umgesetzt wurden.

Für Baden-Württemberg hatte eine 2016 vom Land bei Prognos beauftragte Studie ergeben, dass wir bis 2025 rund 500.000 zusätzliche Wohnungen benötigen. Das heißt, es besteht eine riesige Chance für neue Formen des Wohnens, die der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen können. Von alleine entstehen diese neuen Konzepte aber nicht! Die IBA '27 hat mich deshalb von Beginn an fasziniert. Als ich im Sommer 2018 **Andreas Hofer** kurz nach seiner Ernennung zum IBA-Intendanten traf, hatte ich mehre Stunden Zeit, mich mit seinen grundlegenden Vorstellungen, Intentionen und Zielen vertraut zu machen. Was damals noch Theorie war, nimmt jetzt konkrete Formen an – die ersten 13 Vorhaben sind ausgewählt, davon allein fünf in Stuttgart.

Eine bürgernahe Stadtentwicklung zu gestalten, ist so facettenreich wie anspruchsvoll. Urbanisierung bedeutet ungleich mehr, als Einzelprojekte lose in Korrespondenz zu setzen oder, um IBA-Intendant Andreas Hofer zu zitieren: „Der rote Faden ist die produktive Stadt mit dicht bebauten

Stadtmodell Zürich

IBA-Intendant Andreas Hofer mit Gabriele Reich-Gutjahr MdL

und lebendigen Quartieren, in denen vielfältige Wohnungstypen für alle Gesellschaftsschichten mit Flächen für emissionsarme Industrie und neue Arbeitsformen zusammenkommen."

Stuttgart eröffnet an diversen Stellen die Chance, Hofers theoretische Leitmaxime in konkret erfahrbare Projekte zu überführen. Fünf der ersten 13 IBA-Projekte, die der Aufsichtsrat auf Empfehlung des Kuratoriums aus mehr als 100 Vorschlägen für die Internationale Bauausstellung IBA 2027 StadtRegion Stuttgart ausgewählt hat, sind direkt in Stuttgart situiert. Das „Quartier Wagenhallen", die „Neuordnung Züblinareal", die Quartiere „Stöckach im Osten (EnBW)" und „Böckinger Straße im Norden (SWSG)", aber auch das Forschungsvorhaben der Universität Stuttgart „SFB 1244" – ein sich selbst an Umweltbedingungen anpassendes, „adaptives Hochhaus" – besitzen großes Potenzial, das IBA-Konzept vielen Menschen nahezubringen.

Das von der Deutschen Forschungsgesellschaft geförderte erste „adaptive Hochhaus" der Welt ist ein wunderbarer Beleg für den Forschergeist in unserer Region. **Prof. Werner Sobeck** und sein Institut für Leichtbau und Entwerfen an der Universität Stuttgart haben an der Konzeption und Verwirklichung des 36,5 Meter hohen Experimentalhochhauses elementaren Anteil. Hierbei geht es v.a. um Ressourceneffizienz beim Bauen. Die nominierten Stuttgarter Projekte eröffnen die Chance, ehemalige Industrieareale in gemischte Stadtviertel zu „transformieren", die Wohnen, Arbeit und Freizeit verbinden und damit als exemplarisch für eine zeitgemäße Interpretation des urbanen Lebens gelten dürfen.

Andreas Hofers Absicht, modellhaft neue Ansätze für Bauen, Wohnen und Arbeiten zu entwickeln und „greifbar zu machen", ist genau der richtige Weg, um einer erstarrten Wohnraumdiskussion vitale Impulse zu geben. Die Art zu bauen, entscheidet maßgeblich darüber, welchen Charakter Städte erhalten. Nur neuen Wohnraum zu fordern, ist keine Antwort auf unser breit gefächertes Wohnraumproblem.

Wer heute baut, sollte ein Stadtideal vor Augen haben, das allen Bereichen unseres Lebens Rechnung trägt. Politik, Architekten und Investoren sollten den Anspruch haben, gemeinsam dieses Ideal zu entwickeln und umzusetzen. Eine lebendige Stadt ist wie ein organisches Wesen. Ihre Einzelteile interagieren ständig, beeinflussen sich und verändern ihr Umfeld.

Bei der Planung urbaner Wohnquartiere wird noch zu sehr an traditionellen Vorstellungen festgehalten. Wir brauchen verstärkt Wohnquartiere, bei denen, die Grenzen zwischen privaten, gemeinschaftlich genutzten und öffentlichen Räumen durchlässiger werden. Hofer betont zu Recht, dass „Wohnungen stärker atmen und auf die jeweilige aktuelle Lebenssituation besser reagieren" sollten. Gut zu wohnen, bedeutet weit mehr, als nur eine bleibende Unterkunft zu besitzen. Gutes Wohnen ist vielgestaltig und unterstützt das Miteinander von Bürgerinnen und Bürgern in allen Altersstufen und Lebensbereichen.

Kommunen sind jedoch oft zu mutlos und Investoren scheuen das Risiko; in der Regel bebauen sie nur eine Fläche in einem Gesamtareal. Die IBA 2027 StadtRegion Stuttgart wird hoffentlich weit über die Region Stuttgart hinaus inspirierend wirken. Auch von Landesseite werden seit Jahren Impulse gesetzt, unter anderem bei ‚Stadtentwicklung und Baukultur" und mit der „Initiative Quartier 2030".

https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/bauen/stadtentwicklung-und-baukultur/baukultur/

https://www.quartier2030-bw.de/

Aktuelles aus dem Landtag

Gabriele Reich-Gutjahr
MdL

In meinen letzten Beiträgen in Stuttgart Liberal hatte ich zwei Themen aufgegriffen, die vor der Sommerpause im Landtag beraten und beschlossen wurden:

Das Volksbegehren zum Artenschutz, bekannt unter dem Titel „Rettet die Biene“ sowie der Volksantrag „Gemeinsam unsere Umwelt schützen in Baden-Württemberg“, fanden ihre Umsetzung im „Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetze. Der Volksantrag war von den Bauern gestellt worden in Reaktion auf das Volksbegehren und war der erste Volksantrag in der Geschichte Baden-Württembergs. Wir haben dem Gesetz NICHT zugestimmt. Unter anderem die Zielvorgabe für den Anteil der Bio-Landwirtschaft ist problematisch. Hier wird versucht, das marktwirtschaftliche Prinzip von Angebot und Nachfrage auszuhebeln, was im Endeffekt auch den Bio-Bauern schaden wird, da die Preise sinken müssen, um mehr Nachfrage zu erzeugen.

Wer unsere Beiträge zu den beiden Debatten hören möchte:

Kollegen Klaus Hoher sprach zum Volksantrag:
https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2020/20200722sitzung1252.html?t=5713

Rudi Fischer zum Gesetzentwurf der Landesregierung:
https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2020/20200722sitzung1253.html?t=1504

Zugestimmt haben wir dem „Gesetz über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen“, das auf unsere Initiative zurückgeht, und schließlich als ein gemeinsamer Gesetzentwurf von Regierungsparteien, SPD und FDP eingebracht wurde. Zitat **Nico Weinmann** in der Debatte:

„Uns war es dabei wichtig, dass im Ergebnis das Mitspracherecht des Parlaments weiter gestärkt wird. So bedarf es nun einer Zustimmung des Landtags zur Corona-Verordnung bereits nach zwei Monaten statt, wie zunächst vorgesehen, nach drei Monaten. Damit erreichen wir, dass der Landtag in der ersten Plenarsitzung nach der parlamentarischen Sommerpause am 30. September der Corona-Verordnung seine Zustimmung erteilen muss. Ein Erfolg ist es von unserer Warte aus auch, dass nunmehr klar geregelt ist, dass sämtliche Änderungen der Corona-Verordnungen dem Landtag spätestens 24 Stunden nach dem entsprechenden Kabinettsbeschluss vorzulegen sind. Ein Ausschuss des Landtags wird dann über die Änderungen – wie von uns gefordert – in einer öffentlichen und idealerweise im Internet übertragenen Sitzung beraten. Damit wird größtmögliche Transparenz geschaffen. Schließlich haben wir erreicht, dass das Finanzministerium dem Finanzausschuss zeitnah über die Ausgaben berichtet.“

https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8531_D.pdf

Neuer Ordnungsbürgermeister muss seines Amtes walten

Kevin Latzel
Leiter des
Fraktionsbüros

Neben den Missständen in der Ausländerbehörde und in den Bürgerbüros, ist uns die schwierige Situation bei der Zulassungsstelle lange ein Dorn im Auge. Personelle Aufstockungen, die der Gemeinderat als Sofortmaßnahmen für diese Verwaltungsbereiche beschlossen hat, scheinen nicht den gewünschten Erfolg zu bringen. Die Zustände sind weiterhin untragbar und bedürfen schnellen Lösungen.

So haben uns in der jüngsten Vergangenheit immer wieder Beschwerden über katastrophale Zustände in der Kfz-Zulassungsstelle erreicht. So gäbe es lange Wartezeiten, telefonisch sei niemand erreichbar und Termine seien nur schwer bzw. gar nicht zu bekommen.

Die KFZ-Innung Region Stuttgart hatte außerdem in einer Pressemitteilung Mitte Juli erklärt, dass ihre Mitgliedsbetriebe die Auskunft erhalten haben sollen, dass in Stuttgart „diese Woche keine Autos mehr zugelassen werden“ könnten. Ein Desaster. Nicht nur für die Kunden, die wochenlang auf ihr zugelassenes Auto warten müssen, sondern auch für den Autohandel an sich.

Aus diesem Grund haben wir vor den Ferien eine Anfrage an die Stadt gestellt. Wir wollen wissen, was die Verwaltung unternimmt, um diesen Missstand umgehend zu beseitigen bzw. die Prozesse in der Zulassungsstelle zu optimieren – dies ganz unabhängig von der Corona-Krise.

Nun sollen im kommenden Herbst Ergebnisse einer Organisationsuntersuchung für die Zulassungsstelle präsentiert werden. Wir sind gespannt und verfolgen das Thema hartnäckig und mit Ausdauer weiter.

Aber ob Ausländerbehörde, Bürgerbüros oder Zulassungsstelle: Der künftige Ordnungsbürgermeister wird die Ergebnisse ebenfalls auf den Tisch bekommen. Wir hoffen und fordern, dass sich dieser rasch mit der untragbaren Situation in dem ihm unterstellten Amt für Öffentliche Ordnung beschäftigt und konstruktiv mit dem Gemeinderat bei einer Erarbeitung kundenfreundlicher und effizienter Prozesse mit anpackt. Er muss die Lösungen erarbeiten. Ein einfaches „Weiter so!“ in seinem Geschäftskreis wird es nämlich mit uns im Gemeinderat nicht geben.

Vorstandswahlen der Stadtgruppe Feuerbach

Alexander Pross
Stadtgruppenvorsitzender
Feuerbach

Nachdem die letzten beiden Stadtgruppensitzungen nur als Videokonferenz stattgefunden hatten, fand am 22. Juli 2020 die erste Präsenzsitzung der Stadtgruppe Feuerbach, seit Beginn der Corona-Pandemie, statt. Es war ein seltsames, aber zugleich tolles Gefühl, sich endlich wieder in gewohnter Umgebung zu treffen. Trotz der geltenden Abstands- und Hygiene-Vorschriften kam es zu einem spannenden Meinungsaustausch. Darüber hinaus fand an selben Abend satzungsgemäß die Wahl eines neuen Vorstands statt.

Der Feuerbacher Bezirksbeirat, **Alexander Pross** wurde einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt. Auch Regionalrätin **Gabriele Heise** wurde erneut als Stellvertreterin gewählt. Neuer Stellvertreter ist **Theodoros Tonas**, der das Amt von **Wolfgang Voelker** übernimmt, der altersbedingt nicht mehr antrat. Neue Schatzmeisterin wurde **Anke Pross**, nachdem **Liane Bott-Voelker** das Amt auf eigenen Wunsch abgab. Der Vorstand wird komplettiert durch die Beisitzer **Jochen Merkle**, **Dr. Thomas Schön**, **Felix Herbort** und dem Feuerbacher Bezirksbeirat und Landtagskandidaten für den Wahlkreis Stuttgart III, **Jürgen Reichert**.

Ein besonders herzlicher Dank für ihr unermüdliches Engagement, geht an Wolfgang Voelker und Liane Bott-Voelker, die auf eigenen Wunsch für ihre bisherigen Ämter nicht mehr antraten. Beide freuen sich aber auf zwei gemeinsame und engagierte Wahlkämpfe im Jahr 2021.

v. l. n. r. Jochen Merkle, Anke Pross, Gabriele Heise, Alexander Pross, Theodoros Tonas, Felix Herbort
Nicht im Bild: Dr. Thomas Schön und Jürgen Reichert

Sillenbucher Sommersitzung mit Judith Skudelny MdB

Johanna Molitor
Stadtgruppenvorsitzende
Sillenbuch

Nachdem die Corona-Pandemie unsere Stadtgruppensitzungen in den letzten Monaten mit Abstandsregelungen in den digitalen Raum verlagert hat, konnte die Sommersitzung am 21. Juli 2020 wieder mit persönlichem Kontakt stattfinden. Dank einer schönen Terrasse im Stammlokal und gutem Wetter war der gemeinsame Abend ein wirklich schönes Zusammensein. Die Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin **Judith Skudelny** berichtete der Stadtgruppe vom Verlauf und der Organisation des Parteitags unter Corona-Bedingungen, über das beschlossene, umfangreiche Wahlprogramm und die aktuellen bundespolitischen Themen sowie den einen oder anderen Einblick hinter die Parlamentskulissen. Wir bedanken uns für den Besuch bei uns und für den interessanten Austausch!

Die Stadtgruppe Sillenbuch gratuliert allen gewählten Landtags- und Zweitkandidatinnen und -kandidaten sowie den beiden Stuttgarter Bundestagskandidaten.

v.l.n.r. Schatzmeister Christian Brokate, Stadtgruppenvorsitzende und Bezirksbeirätin Johanna Molitor, Heidrun Seifert, Judith Skudelny MdB und stv. Bezirksbeirat Philipp Bubeck

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG Für die Freiheit.
Baden-Württemberg

Reinhold Maier Stiftung | Baden-Württemberg

VERANSTALTUNGEN
der liberalen Stiftungen in Stuttgart

09.10.
Stuttgarter Forum für Entwicklung
„Global Cities of tomorrow"

11.10.
#RMS on site:
Besuch der Staatsoper Stuttgart mit Nico Weinmann MdL

12.10.
Money, Money, Money
Diskussionsabend zum EU-Haushalt 2021-2027 mit Michael Link MdB

19.10.
Wie Sand am Meer?
Debattenabend zur Rolle von Rohstoffen in der Entwicklungspolitik mit Dr. Christoph Hoffmann MdB

20.10.
Streamland
Wie Netflix, Amazon Prime & Co. unsere Demokratie bedrohen

07.11.
Frauen führen anders
Gute Führung in Politik & Beruf

12.11.
Lunch Talk: Die Welt braucht den Westen
Diskussion mit Thomas Kleine-Brockhoff

25.11.
Echte Helden, falsche Helden
Was Demokraten gegen Populisten stark macht

Dez.
„Was jetzt zu tun ist…"
Gespräch mit den Enkeln von Heuss, Maier und Haußmann

Infos zu diesen und weiteren Veranstaltungen

Jetzt anmelden unter: https://shop.freiheit.org
oder über unseren zentralen Service:
E-Mail service@freiheit.org
Telefon +49 30 22012634
(Mo – Fr von 8 – 18 Uhr)

freiheit.org

Liberale Frauen Baden-Württemberg wählten neuen Landesvorstand!

Susanne Winkler
Stv. Vorsitzende
Liberale Frauen BV Stuttgart

Am 1. August 2020 fand in Stuttgart die Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl der Liberalen Frauen Baden-Württemberg statt. **Judith Skudelny** MdB, wurde einstimmig in ihrem Amt für zwei weitere Jahre bestätigt. **Renata Alt** MdB und Vorsitzende der Liberalen Frauen Bezirksverband Stuttgart so auch **Elke Metzler** wurde ebenso auf zwei weitere Jahre als stv. Vorsitzende das Vertrauen ausgesprochen.

Nach Begrüßung und Resümee von Judith Skudelny – amtierende und neue Vorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg – und Feststellung der Beschlussfähigkeit wurde der Vorstand des Jahres 2018 bis 2020 nebst Beisitzer, Schatzmeister und Kassenprüfer entlastet. Die anschließende Aussprache machte deutlich, dass aufgrund intensiver Zusammenarbeit ein insgesamt sehr gutes Ergebnis erreicht wurde. Daran, so der allgemeine Wunsch, soll auch gezielt insbesondere im Wahljahr 2021 festgehalten werden. Nicht zuletzt diese, auch sehr offenen Worte und die Ausrichtung der Ziele, mobilisierten ebenso neue Mitglieder, sich für die anstehende Wahl zur Mitarbeit aufstellen zu lassen. Votiert wurde wie folgt: 1. Vorsitzende wurde **Judith Skudelny** MdB, stv. Vorsitzende sind **Renata Alt** MdB und **Elke Metzler**, Schatzmeisterin ist **Claudia Felden**, Kassenprüferinnen sind **Gisela Geckler** und **Astrid Weber**. Das Amt der Schriftführerin wird **Ulrike von Eicke** übernehmen. Als Beisitzer wurden gewählt: **Helga Bender**, **Anke Hillmann-Richter**, **Renate Iby**, **Inge Pflieger**, **Alena Trauschel**, **Susanne Winkler**. Für die Vertretung der Landesvereinigung im Landesfrauenrat wurden **Claudia Felden** und als Stellvertreterin **Susanne Winkler** gewählt. Alle Damen des neuen Vorstandes und auch die Beisitzer wurden mit 19 Ja-Stimmen und einer Enthaltung der jeweils Betroffenen gewählt und nahmen ihre Wahl für 2020 bis 2022 an. Frau Hillmann-Richter wurde ebenso mit 19 Ja-Stimmen und der Enthaltung der persönlichen Stimme als Vertreterin in den erweiterten Bundesvorstand der LiF gewählt. Im sich anschließenden Ausblick, Austausch und Diskurs fasste Judith Skudelny folgende Ziele und Schwerpunkte bis 2022 zusammen: Stärkere Vernetzung und Sichtbarkeit, die Präsentation nach außen, neben den allgemeinen politischen Themen werden die Belange

der Alleinerziehenden mehr Beachtung finden. Der Ausbau der liberalen Handschrift durch Anträge im Landesfrauenrat soll weiter sichtbar sein, so auch, last but not least, die Steigerung des generellen Wählerpotentials.

Die konstituierende Landesvorstandssitzung fand am 9. September 2020 per Online-Sitzung statt. In der sehr angeregten Diskussion wurden die Inhalte für kommende Veranstaltungen festgelegt; Gegenstand der Gespräche war die aktuelle internationale Lage – respektive Belarus und das nach wie vor „schwelende" Thema: Die Frauen in der FDP, nebst der konkrete Blick auf die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen. Es gibt viel zu tun … die Liberalen Frauen Baden-Württemberg packen es gemeinsam an!

An dieser Stelle zwei Hinweise auf die kommenden Veranstaltungen der LiF in Stuttgart:

Dienstag, 22. September 2020 um 18.30 Uhr, im Kickers Clubrestaurant, Königsträßle 58 in Stuttgart-Degerloch: „SICHER, SAUBER und BEZAHLBAR – die Energiewende in Deutschland" mit **Dr.-Ing. Herbert Tröscher**, Energieexperte und **Daniel Karrais** MdL, Sprecher für Energiewirtschaft der Landtagsfraktion. Diese Veranstaltung findet in Kooperation mit der Reinhold Maier Stiftung statt. Anmeldung bitte direkt an die Stiftung unter: service@freiheit.org – begrenzte Teilnehmerzahl!

Montag, 19. Oktober 2020 um 19.30 Uhr, in der Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46 in Stuttgart: **Prof. Dr. Markus Müller** aus dem Wirtschaftsministerium übertitelt seinen Vortrag mit: „Frauen wollen Macht oder Warum die Quote liberal ist." Anmeldung bitte direkt per Mail an: consultex-alt@t-online.de – begrenzte Teilnehmerzahl!

Liberale Senioren nehmen Aktivitäten wieder auf

Liane Bott-Voelker
Mitglied LSI-Regionalleitung Stuttgart

Die Covid-19-Pandemie bremste auch die geplanten Aktionen der Liberalen Senioren in der Region Stuttgart aus. Veranstaltungen sowie die für Kornwestheim geplante Mitgliederversammlung mit Gastreferenten wurden abgesagt. Im August allerdings trafen sich die LSI-Verantwortlichen unter Leitung von **Dr. Wolfgang Allehoff** (Landesvorsitzender) erstmals wieder persönlich unter Beachtung des Hygiene-Konzepts in der FDP-Landesgeschäftsstelle.

Konsens bestand darin, gerade die nächsten Monate wieder aktiv für die liberale Sache und Seniorenthemen zu werben. Vor allem im Vorfeld der Landtagswahlen im März 2021. Viele Stammwähler der FDP sind über 60, und die gilt es zu informieren und zu motivieren.

In Planung sind in Stuttgart und der Region Veranstaltungen zu Senioren- und Gesellschaftsthemen. Wie in der Vergangenheit, so Dr. Allehoff, werde man mit Partnern wie etwa den Liberalen Frauen und dem Liberalen Mittelstand kooperieren. Und natürlich unterstützen die Senioren die pfiffige Idee der FDP/DVP-Landtagsfraktion „Denker im Ländle".

In Kürze erscheint die neue „LSI aktuell", das Mitgliedermagazin. Diese Berichte sind zu empfehlen: Neues zur Rentenbesteuerung, Auswirkungen von Corona auf Gesellschaft und Senioren sowie ein Interview mit MdL **Jürgen Keck** zur Sozialpolitik und dem Wahlprogramm der FDP. Gerne sendet der LSI das Heft Interessierten zu: Telefon (0711) 96666536 oder info@liberale-senioren-bw.de.

FDP zeigt Flagge für Freiheit und Toleranz – auch in diesem besonderen Jahr

Desiree Ortlieb
Stv. Vorsitzende für Organisation
Junge Liberale Stuttgart

Von einem Christopher Street Day ist man eine längere Parade mit lauter Musik und vielen gut gelaunten Menschen gewöhnt. Unter Corona-Bedingungen war ein solches Spektakel leider nicht umsetzbar. Das Orga-Team von IG CSD Stuttgart e.V. wollte es sich dennoch nicht nehmen lassen, auch in diesem Jahr für die Rechte von homo- und transsexuellen orientierter sowie transgender Menschen zu demonstrieren. Daher ereignete sich am 25. Juli in Stuttgart ein CSD der etwas anderen Art. An lauter Musik und gut gelaunten Menschen mangelte es nicht. Wenngleich die Besucherzahl deutlich geringer war als bei einer Parade, welche in diesem Jahr ausblieb.

Die diesjährige Demonstration fand im Rahmen einer Kundgebung mehrerer Redner/innen auf dem Stuttgarter Rathausplatz statt. Gesprochen wurde über persönliche Erfahrungen, über Veränderungen und konkrete Forderungen, wie man diese bewirken könne. Für all jene, die physisch nicht dabei waren, gab es die Möglichkeit eines Livestreams, um die Kundgebung online verfolgen zu können.

Damit alles konform der aktuellen Corona-Verordnung verlief, war eine vorherige Anmeldung einer jeden Formation unter Angabe der Namen und Kontaktdaten der auf fünf Personen begrenzten Gruppe zwingend notwendig. Auf der Fläche des Rathausplatzes wurden in gewissen Abständen Quadrate eingezeichnet. Jeder Formation wurde ein Quadrat zugewiesen. Für Zuschauer gab es außerhalb des eingezäunten CSD-Geländes Platz, sich das etwas andere Spektakel anzusehen. Eine Maskenpflicht bestand während der ganzen Kundgebung.

Aufgrund der Tatsache, dass parallel zum CSD die Wahlkreiskonferenzen der FDP Stuttgart stattfanden, waren die Jungen Liberalen gefordert, sich im Namen der FDP für die LGBTQ-Community stark zu machen und Präsenz zu zeigen. So fanden sich **Hendrik Trimper** und **Desiree Ortlieb** aus dem Kreisverband Stuttgart, als auch drei weitere JuLis aus anderen Kreisverbänden zusammen: **Pascal Schejnoha**, (KV Neckar-Odenwald), **Philipp Wiener** (KV Rems-Murr) und **Flemming Nave** (KV Ludwigsburg).

Stuttgarter FDP-Mitglieder bestens im Bundesvorstand des Liberalen Mittelstands vertreten

Frank Bantle
Pressesprecher
LIM Baden-Württemberg e.V.

Vor einigen Wochen fand in Essen eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des Liberalen Mittelstands in Deutschland (LIM) statt. Anlass war der Rücktritt des bisherigen Bundesvorsitzenden **Thomas Kemmerich** aus Thüringen sowie weiterer Vorstandsmitglieder.

Im Rahmen einer personellen und inhaltlichen Neuausrichtung des LIM Bundesverbandes wurden auch Führungspositionen neu besetzt. Die FDP Stuttgart kann sich dreifach freuen: Kreisvorstandsmitglied **Dr. Thilo Scholpp** ist zum neuen Generalsekretär des Liberalen Mittelstands in Deutschland gewählt worden – und **Slavica Benko** konnte mit einem gutem Ergebnis ihren Beisitzerposten gegen große (männliche) Konkurrenz verteidigen. **Frank Bantle** unterstützt ab sofort als Mitglied des neue Marketing- und PR-Teams die Außendarstellung des Verbands.

Thilo Scholpp, selbstständiger Netzwerk- und Datenschutz-Experte, kümmert sich als LIM-Generalsekretär mit dem neuen Bundesvorsitzenden **Dr. Dorian Hartmuth** aus Hessen um das laufende Geschäft im Bundesvorstand und die Koordination der 14 LIM-Landesverbände.

Er führt bereits seit Sommer 2018 den mitgliederstärksten Landesverband Baden-Württemberg als Vorsitzender. „Ich werde mich als Generalsekretär dafür stark machen, dass der Liberale Mittelstand bundesweit mit einer Stimme spricht und wir als Vordenker und Antreiber eine bessere Mittelstandspolitik in die Parlamente bringen“. Gerade seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie sehe die Öffentlichkeit, wie wertvoll kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbstständige für Wirtschaft und Gesellschaft seien und wie viele KMU es vor Ort gebe.

Zu einer von drei Beisitzerinnen im Bundesvorstand wurde Slavica Benko gewählt. Sie ist Heilpraktikerin und seit 2007 Inhaberin von Medical Beauty Stuttgart. Die gebürtige Kroatin engagiert sich schon länger im Landesvorstand des Liberalen Mittelstands und in der Stadtgruppe Stuttgart-Ost. Benko setzt sich berufspolitisch für freie Therapeutenwahl und Therapievielfalt in Deutschland ein. Mehr Informationen unter www.liberaler-mittelstand.de.

Die Ba-Wü-Delegation mit Stuttgarter FDP-Präsenz:
Dr. Thilo Scholpp (links), Slavica Benko (4. v. l.), Michael Köhler, Frank Bantle, Gabriele Reich-Gutjahr MdL und Erol Kiris (ab 7. v. l)

Der neue LIM-Bundesvorsitzende Dr. Dorian Hartmuth (links) und Dr. Thilo Scholpp

Der Deutschlandtakt bringt Bewegung in den Eisenbahnverkehr

Wolf Dieter Dallinger
Sprecher der AG Verkehr
Stv. Bezirksbeirat Stuttgart-Nord

Gäubahntunnel

Die geplante Anbindung der Gäubahn (Bahnstrecke Zürich–Stuttgart) an den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof soll kräftig aufgerüstet werden. Bisher war vorgesehen, dass zwischen Goldberg (Stadt Sindelfingen) und Oberaichen (Stadt Leinfelden-Echterdingen) südlich von Stuttgart-Rohr die sogenannte Rohrer Kurve gebaut wird und die Züge der Gäubahn zwischen Oberaichen und Echterdingen die Gleise der Filder-S-Bahn nutzen. Die neuen Planungen sehen den Gäubahntunnel vor, einen 12 Kilometer langen Eisenbahntunnel zwischen Rohr und dem Flughafen Echterdingen.

Hintergrund ist der Deutschlandtakt, ein integraler Taktfahrplan. Im Fernverkehr wird ein 30-Minuten-Takt mit kurzer Anbindung in den Umsteigebahnhöfen angestrebt. Der Regionalverkehr wird auf diese Taktung ausgerichtet, sodass auch in der Fläche eine gute Anbindung an den Personenfernverkehr gewährleistet wird. Mit diesen Maßnahmen sollen die Reisezeiten per Eisenbahn deutlich verkürzt werden und das Verkehrsmittel Eisenbahn an Attraktivität gewinnen. Das ehrgeizige Ziel lautet, bis 2030 den Personenverkehr auf der Schiene zu verdoppeln. Davon erhofft man sich einen positiven Beitrag zum Klimaschutz.

Das Bahnnetz soll für den Deutschlandtakt ertüchtigt werden. Die alten Planungen mit der Rohrer Kurve würden eine unerwünschte Engstelle für den Deutschlandtakt schaffen.

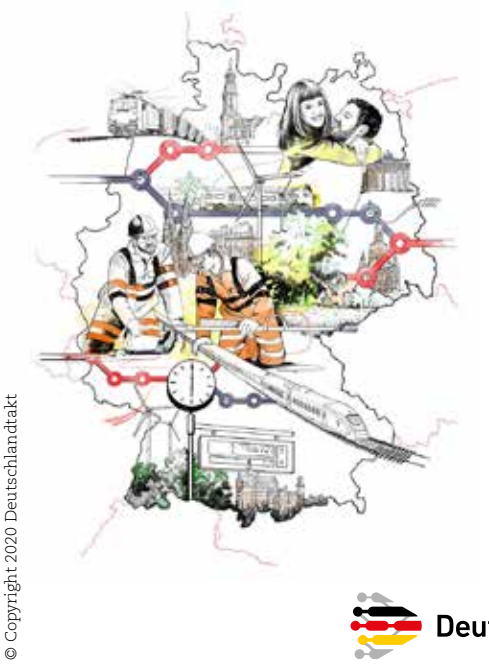
Die Gäubahn würde für 5 Jahre vom Hauptbahnhof abgehängt.

Der Gäubahntunnel bringt aber ein anderes Problem mit sich, denn er wird wohl erst 2030 fertig. Der neue Stuttgarter Hauptbahnhof soll aber bereits 2025 in Betrieb gehen. Das letzte Stück, die Panoramabahn entlang dem Stuttgarter Kessel, wird dann am Nordbahnhof von der Zufahrt zum Hauptbahnhof abgehängt.

Der Verkehrswissenschaftler **Prof. Gerhard Heimerl**, der Vater der Neubaustrecke Stuttgart–Ulm, und der Landesverkehrsminister **Winfried Hermann** (Grüne) präferieren eine zusätzliche Zulaufstrecke vom Nordbahnhof zum Hauptbahnhof mit einem unterirdischen viergleisigen Bahnhof senkrecht zu den Gleisen des neuen Hauptbahnhofes. Der erforderliche Platz ist aber bereits für verschiedene Bauprojekte im Rahmen von Stuttgart 21 vorgesehen. Oberbürgermeister **Fritz Kuhn** und Baubürgermeister **Peter Pätzold** (beide Grüne) sind gegen eine zusätzliche Bahnstrecke und möchten das Gelände lieber zügig bebauen.

Der Anfang einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke?

Ein anderes Thema könnte von dieser Entwicklung profitieren. Die Stammstrecke der Stuttgarter S-Bahn, heute Hauptbahnhof–Schwabstraße, zukünftig Mittnachtstraße–Hauptbahnhof–Schwabstraße, hat ihre Kapazitätsgrenze bereits erreicht. Auch die vorgesehene Ausstattung mit dem



modernen Zugbeeinflussungssystem ETCS erhöht die Kapazität nur um etwa 20 Prozent. Wenig Reserve, wenn man bedenkt, dass die S-Bahnen im Berufsverkehr bereits heute überfüllt sind und man eigentlich deutlich mehr Verkehr auf die Schiene bekommen möchte.

Wenn der Gäubahntunnel 2030 in Betrieb geht, würde aber zusätzliche Kapazität im Bereich Nordbahnhof–Mittnachtstraße–Hauptbahnhof für die S-Bahn verfügbar. Es wäre der erste Teil einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke, die echte Kapazitätsreserven für die S-Bahn schaffen könnte. Dazu müsste der Abschnitt Mittnachtstraße–Hauptbahnhof aber wohl als Tunnelstrecke erstellt werden und der zusätzliche Tiefbahnhof gegebenenfalls von Anfang an auf diese Weiternutzung ausgelegt sein. Sie sehen, die Entwicklungen im Schienenverkehr von Stuttgart bleiben auch über 2025 hinaus spannend.

Sie möchten mitmachen?

Die AG Verkehr lebt vom Mitmachen. Ob Sie vom Fach sind oder einfach Interesse am Thema haben: Sie sind bei uns herzlich willkommen! Wir treffen uns alle vier bis sechs Wochen und diskutieren in lockerem Rahmen aktuelle Vorhaben und Ereignisse. Gerne können Sie auch Ihre eigenen Themen mitbringen.

Armin Serwani, unser Stadtrat und Regionalrat für Verkehrsthemen, bringt Neues aus dem Gemeinderat, der Regionalversammlung und den entsprechenden Ausschüssen ein und nimmt Ideen und Anregungen mit. Wenn Sie teilnehmen möchten, so melden Sie sich bitte einfach per E-Mail bei **Wolf Dieter Dallinger** (wolf.dieter@dallinger.de) oder über die Geschäftsstelle (info@fdpstuttgart.de).

Termine im 4. Quartal 2020

Kurzfristige Terminänderungen sind möglich. Aktuelle Termine finden Sie auf www.fdpstuttgart.de.

Oktober 2020

05.	**19:00 Uhr**	**Kreisverband › Informationsveranstaltung zum Nahverkehrsplan mit Armin Serwani ›** *Die Veranstaltung findet online statt*
12.	**abends**	**Friedrich-Naumann-Stiftung Regionalbüro Stuttgart › Veranstaltung mit Michael Link MdB** › Stuttgart
13.	**19:00 Uhr**	**SG Mühlhausen/Münster › Stadtgruppensitzung** › Vereinsheim TSV Mühlhausen, Mönchfeldstr. 100
15.	**19:30 Uhr**	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Gaststätte Ramsbachtal, Taldorfer Str. 59
17.		**Landesverband › Landesvertreterversammlung/Landesliste Bundestagswahl** › Friedrichshafen
19.	**18:00 Uhr**	**Liberale Frauen › Mitgliederversammlung** › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Str. 46
	19:30 Uhr	**Kreisverband › Kreisvorstandssitzung** › Gasthaus zum Hirsch, Epplestr. 27
	19:30 Uhr	**SG Degerloch › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königsträßle 58
21.	**19:30 Uhr**	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › Gaststätte Emilie, Mozartstr. 49
27.	**19:30 Uhr**	**SG Feuerbach › Stadtgruppensitzung** › La Bruschetta, Stuttgarter Str. 196
	19:30 Uhr	**SG Ost › Stadtgruppensitzung** › *Ort wird noch bekannt gegeben*
29.	**19:00 Uhr**	**SG Sillenbuch – Stadtgruppensitzung** › *Die Stadtgruppensitzung findet online statt*

November 2020

09.	**19:30 Uhr**	**SG Vaihingen › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant „Da Domenico“, Heßbrühlstr. 64
	19:30 Uhr	**Kreisverband › Kreisvorstandssitzung nach der OB-Wahl** › Gasthaus zum Hirsch, Epplestr. 27
11.	**19:30 Uhr**	**SG Mühlhausen/Münster › Stadtgruppensitzung** › Vereinsheim TSV Mühlhausen, Mönchfeldstr. 100
	19:30 Uhr	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › Gaststätte Emilie, Mozartstr. 49
16.	**19:30 Uhr**	**SG Degerloch › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königsträßle 58
19.	**19:30 Uhr**	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Clubhaus KV-TV Plieningen, Im Wolfer 32
23.	**19:30 Uhr**	**Kreisverband › Kreismitgliederversammlungen mit Ehrungen und Delegiertenwahlen** › Friedrichsbau Varieté, Siemensstr. 15
24.	**19:00 Uhr**	**SG Sillenbuch – Stadtgruppensitzung** › *Die Stadtgruppensitzung findet online statt*
	19:30 Uhr	**SG Ost › Stadtgruppensitzung** › *Ort wird noch bekannt gegeben*
26.	**20:00 Uhr**	**SG Botnang › Stadtgruppensitzung** › *Ort wird noch bekannt gegeben*

Dezember 2020

01.	19:30 Uhr	**SG Feuerbach › Stadtgruppensitzung** › La Bruschetta, Stuttgarter Str. 196
08.	19:00 Uhr	**SG Mühlhausen/Münster › Stadtgruppensitzung** › Vereinsheim TSV Mühlhausen, Mönchfeldstr. 100
14.	19:30 Uhr	**SG Vaihingen › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant „Da Domenico“, Heßbrühlstr. 64
	19:30 Uhr	**SG Degerloch › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königsträßle 58
15.	19:30 Uhr	**SG Ost › Stadtgruppensitzung** › *Ort wird noch bekannt gegeben*
16.	19:00 Uhr	**SG Sillenbuch – Weihnachtssitzung** › Gaststätte „La Grazia“, Spitalwald 1
17.	19:30 Uhr	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Clubhaus KV-TV Plieningen, Im Wolfer 32
21.	19:30 Uhr	**Kreisverband › Kreisvorstandssitzung** › Gasthaus zum Hirsch, Epplestr. 27

Jetzt inserieren in

stuttgart liberal

Werben im besten Umfeld!

Unterstützen Sie Ihren Verkaufserfolg und die FDP Stuttgart und unsere Arbeit, indem Sie eine Anzeige in »stuttgart liberal« schalten. So sind Sie bereits ab 180 € offline und online ein Quartal lang präsent. Weitere Informationen und die Mediadaten erhalten Sie unter info@fdp-stuttgart.de.

SAVE THE DATE

Einladung zur Kreismitgliederversammlung zur Wahl der Delegierten am 23. November 2020 um 19:30 Uhr im Friedrichsbau Varieté

Freie Demokraten
Stuttgart FDP